

Wossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhof (A) 7 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhof 3688—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 60. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. • Nr 105 • B 52

DIENSTAG, 3. MÄRZ 1931

ABEND-AUSGABE • V

Begrüßung in Wien

Herzlicher Empfang

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung

WIEN, 3. MÄRZ

Reichsaussenminister Dr. Curtius ist heute morgen in Wien eingetroffen. Auf dem Bahnhof hatten sich zum Empfang Siegfried und Außenminister Dr. Schober mit mehreren Mitgliedern des Ministeriums, Graf Berchthold mit dem Generen der deutschen Gesandtschaft eingeladen. Nach herzlichem Händedruck geleitete Dr. Schober die reichsdeutschen Gäste in den früheren Hofsaal, wo die gegenseitige Vorstellung stattfand und abermals Worte der Freude über den Besuch ausgetauscht wurden. Vor dem Bahnhof hatte sich eine große Menge versammelt, die Dr. Curtius herzlich begrüßte. Dann fuhr Dr. Schober mit Dr. Curtius nach dem Hotel „Imperial“, wo die reichsdeutschen Gäste abgeholt sind.

Am Laufe des Vormittags besah sich Minister Curtius in Begleitung des Staatssekretärs Rieder auf das Bundesparlament, um Dr. Ceder und Dr. Schober seinen Besuch anzukündigen. An den Unterredungen nahm auch der österreichische Gesandte in Berlin, Dr. Franz, teil. Sie galten in erster Linie der Feststellung der in Wien abzuhandelnden Einzelverträge über Wirtschaftsverträge.

Um 12 Uhr empfing der Bundespräsident Miklas die reichsdeutschen Gäste, die bei ihm zum Essen geladen sind.

Beim Empfang auf dem Bahnhof fiel auch die Anwesenheit von hiesigen Polizisten auf, die in Wien einen Verkehrsausschuss mitbringen und zu den Abfertigungsmaßnahmen hinzugezogen wurden.

Was man es abschätzen vermochte, nach dem Gelingen der Anlauforganisationen einer leicht zu realisierenden große Volksumbewegung für den Empfang der deutschen Staatsmänner zu veranstalten, es geschah dies in der Ueberzeugung, daß es eines unangenehmen Scheiterns nicht mehr bedarf, um den Anschlußwillen der überwältigenden Mehrheit der Deutschösterreicher zu beweisen und dann auch in der Gewissheit, daß wir über die Zeit der platonischen Kundgebungen hinaus sind, daß man zu Taten greifen muß. Würde dieser Wunsch und werden die nächsten Monate nicht endlich ein praktisches Ergebnis der Verhandlungen von Schober und Curtius bringen, würde die Enttäuschung Deutschösterreicher groß sein. Allgemein wird geteilt, daß der wirtschaftliche Zusammenstoß — und man spricht das Wort *collisions* mit allem Nachdruck — auch durch die internationale Entwicklung in den Bereich der Neutralität gerückt ist.

Wirtschaftliche Ungleichung

St auch der politische Anschluß Österreichs an das Reich vermehrt, so liegt auch der jehige Besuch des deutschen Außenministers in Österreich dem Willen, gemeinsame Zeichen zu tragen und aus der Situation das Bestmögliche herauszuholen. Viele Studien sind auf diesem Felde Wege begeben worden. Die Hauptaufgabe ist jetzt Ungleichung, wo sie möglich ist, Ungleichung auf juristischem Gebiet, des Strafrechts, des Zivilrechts, darüber hinaus Ungleichung der wirtschaftlichen Interessen mit dem Ziel, in nicht zu ferne Zeit neben der Rechtsunion eine wirtschaftliche Union aufzubauen zu bringen. Das Ziel ist klar.

Bedenken erfordern die Sorgen des täglichen Lebens. Es ist Hilfe maßnahmen in beiden Ländern, die eine Annäherung erleichtern. Oft haben die Wirtschaftsführer es verstanden, Brüden zu schlagen, indem sie ohne Staatshilfe die gegenseitigen Interessengebiete freundschaftlich abgrenzen. Ein wichtiges Beispiel dafür ist die Tätigkeit der deutschen Elektro-Industrie in Österreich. Besonders hervorzuheben die Gebiete, die der deutschen Industrie durch die letzte (vierte) österreichische Zolltarifkonvention zugewiesen worden sind. Die Deckerindustrie hat mannigfache Anlagen vorgebracht, die Baumwollwaren-Industrie, Papierfabrikate-Industrie füllten sich in ihrer Tätigkeit durch die Zollweise gehemmt. Nicht besser geht es den Zement-, der Eisenwaren-, der Kupferwaren-Industrie und anderer an.

Stoch sind diese Fälle von Deutschland nicht verkannt, die plant Österreich eine neue Aktion. Eine fünfte Zolltarifkonvention vorgeschlagen werden, die umfangreiche Tarifverträge bringt. Auf vielen Gebieten, auf denen Österreichische Zollautonomie durch Handelsvertrag noch gebunden ist, werden diese Pläne zwar fremde Wünsche bleiben. Auf anderen aber wird es notwendig sein, die neuen Schmelzregeln abzugeben. Österreich plant die Erhöhung der Zölle, z. B. für Weide, Eisenplatt, Aluminium-Waren, Stahlblech. Die deutschen Unternehmer werden bemitleidet sein, solche Eingestanden durch gegenseitiges Entgegenkommen zu vereinigen. Naturgemäß werden alle Gebiete der deutschen Wirtschaft Opfer bringen müssen, die Landwirtschaft auf dem Gebiete der Milch- und Rindfleisch, die Forstwirtschaft auf dem Gebiet der Holzindustrie, die Elektro-Industrie, Strickwaren- und Lederindustrie müssen u. a. Kompensations-Objekte zur Verfügung stellen.

Wenn es gelingt, die Zolltarifverträge des Reichstags und Nationalrats in ähnlicher Weise an einen Tisch zu bringen wie schon die juristischen Ausschüsse der letzten Parlamente, dann wird ein wichtiger Schritt auf dem Gebiete der deutsch-österreichischen Annäherung geschehen sein.

Für Deutschlands Gleichberechtigung

Erklärungen in der Pariser Kammer

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung

PARIS, 3. MÄRZ

In der Kammer wandte sich der Sprecher der Sozialisten, Abgeordneter Gramsch, gegen die kürzliche Erklärung des Kriegeministers Maginot, daß Deutschland auf Hinweis auf die Meinungsabgabe die Gleichberechtigung auf dem Gebiete der Währung abgelehnt werden müsse.

Das erwungene Eingeständnis seiner angeblichen Meinungsabgabe im Artikel 231 des Friedensvertrages sei aber ein schwerer Fehler gewesen. Jedenfalls aber habe heute, ein Jahrzehnt nach Friedensschluss, in dem Augenblick, wo das republikanische Deutschland in schwerem Kampfe gegen den Nationalismus und die Monarchie liege, ein französischer Minister nicht das Recht, Deutschland allein als den Angreifer zu bezeichnen.

Wenn das heutige Volk die Ungleichheit der Währungen gewisser-

maßen als Bürgerpflicht für seinen Friedenswillen auf sich nehmen wolle, so dürfe man ihm auf der anderen Seite nicht die Forderung stellen, daß es auch auf diesem Gebiete eines Tages die volle Gleichberechtigung wiedererlangen werde.

Es liegt in Frankreichs eigenem Interesse, läßt er fast, nichts unversucht zu tun, was zu einer Verbrüderung der öffentlichen Meinung in Deutschland beitragen könne. Staatshilfen hätte die Erklärung des Kriegeministers die Hoffnungen auf den Erfolg der internationalen Währungsreform in voraus fast herabgemindert.

Der Frage, ob Maginot im Namen des Parlamentarismus gesprochen habe, suchte Triand mit der Erklärung auszuweichen, daß der Kriegeminister in der letzten Session der vorbereitenden Währungskommission seinen Wunsch, auf dem Willen Frankreichs zur Verwirklichung seiner Währungspläne zu gehen und damit nicht wenig zur erfolgreichen Vorbereitung der Konferenz beitragen habe.

Der Frage, ob Maginot im Namen des Parlamentarismus gesprochen habe, suchte Triand mit der Erklärung auszuweichen, daß der Kriegeminister in der letzten Session der vorbereitenden Währungskommission seinen Wunsch, auf dem Willen Frankreichs zur Verwirklichung seiner Währungspläne zu gehen und damit nicht wenig zur erfolgreichen Vorbereitung der Konferenz beitragen habe.

WARSAU, 3. MÄRZ

Bei der öffentlichen Ziehung der hiesigen Prämienanleihe, die in 5000000000 Zetteln ausgegeben wird und in ganz Polen sehr populär ist, entfiel auf dem zehnten Stand. Unmittelbar vor der Ziehung, bei der diesmal der Hauptgewinn von 7500000000 auszulösen war, daß der Besitzer eines Anleihezettelchen den Vorsitzenden der Ziehungskommission um Aufhebung, ob seine Nummer sich in der Postnummer befinde. Die Kommission gab diesem Verlangen nach. Es stellte sich heraus, daß die Nummer sechs. Ingeheuer: Aufregung im Publikum entstand. Man verlangte Untersuchung, ob die anderen Nummern ebenfalls vorhanden seien. Die Kommission nahm auf der Stelle auch diese Prüfung vor und mußte bestätigen, daß nicht weniger als 500000 Nummern fehlten.

Der Sturm, der daraufhin entstand, ist unbeschreiblich. Man verlangte, die Ziehung durch Zeitschriften zu verhindern und die Einrichtung der Anleiheübertragung zu stören. Im Geiste dieses bereits in der heutigen Sitzung eine Anfrage darüber an die Regierung erfolgen. Der Kurs der wertvollsten Prämienanleihe, die bisher zu den besten polnischen Staatspapieren gehörte, ist betragsmäßig bedroht.

Bullerjahn's Entlastungszeuge in Deutschland

Reichsgericht wird ihn in Aachen vernehmen

Die vielmittlere Vernehmung des früheren französischen Leutnants Jor, der in dem Wiederaufnahmeverfahren des wegen Bundesverrats zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilten Oberleutnants Bullerjahn als wichtiger Zeuge für Bullerjahn, während in Frage kommt, könnte nicht auf andere zu kommen. Während in Frankreich noch die verantwortlichen Stellen darüber beraten, ob Leutnant Jor eine Ausnahmegenehmigung erteilt werden soll, hat Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, der das Wiederaufnahmeverfahren im Prozeß Bullerjahn betreibt, dem Senat mitgeteilt, daß der französische Leutnant Jor sich entlasten habe, deutschen Boden zu betreten, so daß er wahrscheinlich in Aachen vernommen werden könne. Die vorwiegend jetzt der an dem Wiederaufnahmeverfahren beteiligten Richter aus dem Wiederaufnahmeverfahren in der Sache Bullerjahn mitzuteilen haben, werde sich eine Unterbrechung der laufenden Verhandlung bis Sommer kaum vermeiden lassen. Dem Senat werde eine endgültige Mitteilung über die Entlastung des Leutnants Jor durch den Reichsgericht Dr. Rosenfeld allerdings erst in den nächsten Wochen ausgehen.

Der neue Leiter der Ostabteilung

Gesandter Richard Meyer

Der Gesandte Richard Meyer ist zum Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes als Nachfolger des zum früheren Gesandten ernannten Ministerialdirektors v. Nolde ernannt worden.

Gesandter Meyer wurde 1884 in Rastatt geboren, trat 1913 als Adjutant in den Dienst des Auswärtigen Amtes und war vor

Gefrierfleisch oder Frischfleisch?

Sozialdemokratie und Wehrstat

Die Beziehungen zwischen Regierung und Sozialdemokratie über die nach ausliegenden Staats (Sozial- und Wehr-Gesetz) hat gestern noch nicht zum Abschluß gekommen und werden eine Fortsetzung haben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist seit heute abend zu einer Sitzung von entscheidender Bedeutung einberufen.

Vorher werden im Plenum des Reichstages die Bestimmungen zum Lebensmittelgesetz vorgekommen. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete gegen den Reichsernährungsminister Schiele wird selbstverständlich abgelehnt werden. Von den zur Abstimmung gestellten Anträgen und Entschlüssen sind zwei bemerkenswert. Zunächst der Antrag des Bundesratsausschusses, die Verbilligung von Frischfleisch für die minderbemittelte Bevölkerung dadurch zu ermöglichen, daß der Preis für dieses Frischfleisch nicht höher gesetzt werden darf als der bisherige Preis des zollfreien Gefrierfleisches. Für diesen Antrag wird eine Mehrheit vielleicht nicht aufzubringen sein. Dagegen wird der Antrag auf Annahme ergehen, der mit Wirkung vom 1. März an jährlichen Rationen von 50000 Tennen Gefrierfleisch setzt zur Einfuhr zulassen will. Für diesen Antrag hat im Reichstagsausschuß auch die Staatspartei gestimmt. Er hat nicht auf dem Appell Seides an die Deutschnationalen gegeben, die trotzdem den parlamentarischen Streit fortsetzen.

Lotterie ohne Los

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung

WARSAU, 3. MÄRZ

Bei der öffentlichen Ziehung der hiesigen Prämienanleihe, die in 5000000000 Zetteln ausgegeben wird und in ganz Polen sehr populär ist, entfiel auf dem zehnten Stand. Unmittelbar vor der Ziehung, bei der diesmal der Hauptgewinn von 7500000000 auszulösen war, daß der Besitzer eines Anleihezettelchen den Vorsitzenden der Ziehungskommission um Aufhebung, ob seine Nummer sich in der Postnummer befinde. Die Kommission gab diesem Verlangen nach. Es stellte sich heraus, daß die Nummer sechs. Ingeheuer: Aufregung im Publikum entstand. Man verlangte Untersuchung, ob die anderen Nummern ebenfalls vorhanden seien. Die Kommission nahm auf der Stelle auch diese Prüfung vor und mußte bestätigen, daß nicht weniger als 500000 Nummern fehlten.

Der Sturm, der daraufhin entstand, ist unbeschreiblich. Man verlangte, die Ziehung durch Zeitschriften zu verhindern und die Einrichtung der Anleiheübertragung zu stören. Im Geiste dieses bereits in der heutigen Sitzung eine Anfrage darüber an die Regierung erfolgen. Der Kurs der wertvollsten Prämienanleihe, die bisher zu den besten polnischen Staatspapieren gehörte, ist betragsmäßig bedroht.